Donnerstag, 29. November 1923. **Einzelnummer 15000 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 271.

Bezugspreis*) monatl. M.:
bei der Geschäftsstelle 500 000
bei den Ausgabestellen 505 000
durch Zeitungsboten 510 000
durch Post inkl. Geb. 513 000
ins Ausland 700 000 poln. M.
in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Die obigen Preise gelten nur als Grundpreise. Der Verlag behält sich das Recht vor, bei zu großer Teuerung eine Nachforderung für den laufenden Monat zu fordern

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 10 000 M. Reklameteil 25 000 M. *) Sonderplatz 50% mehr

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 000 M. „ *) Reklameteil 25 000 M in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 209 283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Fernspr. 2273, 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Die Valorisierung der Steuern. Annahme in zweiter Lesung.

Zu Beginn der Dienstagssitzung des Sejm wußte kein Mensch so recht, was von dieser Sitzung zu erwarten war. Am Sonntag haben sich die Auswanderer der Piastenpartei unter Dąbski mit der radikalen Bauerngruppe der Wyzwolenie vereinigt, und beide bilden nun zusammen die stärkste Partei der Linken. In Wahrheit war diese Verschmelzung schon lange erfolgt, sie wartete nur auf ihren feierlichen und pompösen Abschluß, der dann in Warschau programmäßig vor sich ging. Irgendeine Änderung in den Parteiverhältnissen des Sejm wird hiermit nicht geschaffen. Dagegen blieb es zu Anfang der Dienstagssitzung immer noch unklar, wie sich die Christlich-Demokraten, denen Korfanty angehört, und die Anhänger des früheren Finanzministers Michalski, der, wie berichtet, das Finanzprogramm Kucharskis auf das energischste kritisierte, bei der Abstimmung über das Valorisationsgesetz verhalten würden. Man bedenkt, daß Korfanty viel zu klug ist, um sich in die Nesseln zu setzen, mit denen der Stuhl des Finanzministers heute umgeben ist. Auch Herrn Michalski kann es nicht locken, sich jetzt mit der Sanierung der durch und durch verfahrenen Finanzen offiziell zu befassen. Also ist es wahrscheinlich, daß das bereits angedeutete Kompromiß zum Schaden der Finanzen des Landes zustande kommt und daß vorläufig weiter gewurstelt wird. Die Zahlen, mit denen Herr Kucharski im Staatshaushaltsausschuß (siehe Seite 2) operierte, sind größtenteils theoretischer Natur, — um ein sanftes Wort zu gebrauchen. Wir hören wieder die durch nichts gestützte Annahme, daß die verschiedenen Steuern, namentlich die Vermögensabgabe, höhere Erträgnisse bringen werden, als veranschlagt sei. Man hatte früher gehört, daß der Minister neue Maßnahmen treffen werde, um das etwa 40 Trillionen betragende Defizit der Eisenbahnen einzubringen, das für 1924 vorgesehen ist. Am nächsten Freitag soll bereits, wie wir hören, eine Konferenz stattfinden, auf der die Einführung des Goldtarifs für die polnischen Bahnen beraten werden soll, und außerdem werden am 1. Dezember die Tarife um 100—200 Prozent erhöht werden. Nun erzählt der Minister, daß die Regierung vertraglich verpflichtet sei, 7000 Waggons inländischen und 4000 Waggons ausländischen Fabrikates, sowie eine bestimmte Anzahl (warum wird sie nicht genannt?) von Lokomotiven zu übernehmen. Der Minister versucht, die Zahl auf die Hälfte herabzudrücken und hofft auch zu einem Resultat zu gelangen, aber inzwischen müssen teurere Preise gezahlt werden. Aus den anderen Ziffern, die der Minister gibt, mag lediglich festgehalten werden, daß er das durchschnittliche monatliche Defizit des Jahres 1923 auf 60 Millionen Złoty berechnet, und erwartet, daß es im November und Dezember geringer sein werde. Die Bahnen hatten ein tägliches Defizit von je einer Million Goldfranks, aber im Oktober war es größer, da man sich auf 3 bis 6 Monate für den Winter mit Kohlen versorgte. Also rechnet der Minister: Im Januar und Februar 1924 haben wir je 21 Millionen Złoty Defizit, im März 16, April 11, Mai 4, Juni 4, zusammen etwa 77 Millionen. Dann glaubt der Minister das Defizit überhaupt schwinden machen zu können. Zusammen mit dem Defizit vom Dezember 1923 kommt der Minister auf ein Gesamtdefizit von 160 Millionen Złoty. Aber warum sich bei den Ziffern aufhalten, da schon in dem Augenblicke alles hinfällig wird, wenn es nicht gelingt, das nötige Beamtenmaterial aufzubringen, um die neuen, so sehr verwickelten Steuern auch einzutreiben? Der Minister gibt sich der Hoffnung hin, die Gelder für das Defizit aus dem Verkauf und der Verpachtung von Regierungsgütern zu erhalten, ebenfalls ohne daß man genau weiß, wie das gemacht werden soll. Nun kam das wichtige Kapitel der Valutareform und der Emissionsbank. Man weiß, daß Hilton Young und seine zahlreichen Anhänger selbst in der polnischen Regierung, zunächst die Stabilisierung der Mark fordern, ehe man an die Reform herantritt, daß aber Kucharski die Reform schon im März oder April samt Emissionsbank ins Werk treten lassen will. Er glaubt, daß es genüge, wenn es ihm gelinge, die Mark während eines Zeitraums von drei Monaten etwa einigermaßen zu stabilisieren, — in diesen drei Monaten sollen dann alle Vorbereitungsarbeiten für die Valutareform getroffen werden, und wenn die Reform erst in Wirkung sei, werde dann von selber der Sturz der Mark aufhören. Der Krakauer „Kurjer Illustrowany", der manchmal Indiskretionen begeht, hatte schon vor einigen Tagen ungefähre Kenntnis von den Gedanken und Plänen des Ministers gehabt. „Hazardspiel" nennt er sie, wofür wir dem Blatt, das ja der Piastenpartei so nahe steht, vorläufig einmal die Verantwortung überlassen. Aber man sieht, daß Kucharski bei seiner ursprünglichen Anschauung geblieben ist. Nun also wird Herr Kucharski beweisen müssen, daß es ihm möglich ist, ohne die Notenpresse weiter in Tätigkeit zu setzen, wie er sagt, lediglich „durch Verkauf und Verpachtung von Staatsgütern" das fehlende Geld zu finden. Wir möchten auch hierbei an die Schwierigkeiten errinnern, die es z. B. machte, um für den Kauf von Regierungswäldern oder ihre Ausbeutung fremdes Kapital zu finden, und verschleudern wird doch wohl der Minister die Staatsreichtümer nicht wollen. Eine Diskussion war nicht erfolgt, sondern es wurden nur Fragen an den Minister gestellt, z. B. bezüglich des lange geplanten Tabakmonopols und seine Verpachtung, und dann wurde die Errichtung eines Spiritusmonopols angeregt.

Der Verband der Wyzwoleniegruppe und der Dąbskileute hat eine Entschließung gefaßt, die eine Besonderheit enthält, die erwähnt zu werden verdient. Sie erwähnt wohl die Notwendigkeit, das Los der unterdrückten Ukrainer und Weißrussen zu verbessern, aber sie hütet sich, von den nationalen Minderheiten als solchen zu sprechen. Die Deutschen und die Juden werden überhaupt nicht erwähnt. Bisher hatte man doch bisweilen Gelegenheit gehabt, einen Redner der Wyzwolenie energisch gegen die Behandlung der Deutschen auftreten zu sehen, und auch gegenüber den Juden versuchten ihre Redner manchmal den Standpunkt der strikten Gerechtigkeit zu wahren. Nun scheint dies ausgelöscht worden zu sein, und man wird nicht fehl gehen, hierin bereits den Dąbskischen Einfluß zu suchen. Die vereinigten Parteien sind nun stark, und haben die nächste Anwartschaft auf eine starke Beteiligung an der kommenden Regierung, wenn erst die jetzige das Zeitliche gesegnet haben wird. Will man jetzt schon freie Bahn schaffen, indem man sich nicht mit der höchst unpopulären Gerechtigkeit gegenüber den Minderheiten belastet?

Die Vollsitzung des Sejm am Dienstag begann mit der Feststellung, daß über die Frage der Auslieferung der sozialistischen Abgeordneten Marek, Bobrowski und Stanczyk noch nicht verhandelt werden könne, da die Ausschüsse mit der Beratung dieser Sache noch nicht zu Ende gekommen seien. Dann erfolgte nach Berichterstattung durch Rusinek und einigen kurzen Worten des Ministers die Behandlung des Valorisationsgesetzes, das in der hier bereits behandelten Fassung der Regierung, nach kurzer Diskussion in zweiter Lesung angenommen wurde. Gegen das Gesetz sprachen sich der Vertreter der Ukrainer und Michalski aus. Mit der Annahme des Gesetzes ist die während der letzten Tage schwebende Regierungskrisis wieder einmal bis auf weiteres aus der Welt geschafft.

Nach diesem wichtigen Ergebnis fanden die weiteren Verhandlungsgegenstände wenig Interesse. Zunächst wurde über die Abschaffung des Ministeriums für Post und Telegraphie gesprochen, wobei der Berichterstatter Wyrembowski sehr richtig ausführte, daß auch andere Länder, wie Frankreich, die Schweiz, Belgien, Holland, Spanien usw. kein gesondertes Ministerium für Post- und Telegraphie besäßen, dagegen aber der Sozialist Moraczewski ebenso richtig sagte, daß es nicht möglich sei, dieses Amt nun in das Handelsministerium zu verlegen, woselbst kein Platz vorhanden sei, und daß es daher keine Ersparnis bedeute, wenn man doch die gleichen Mengen von Licht, Beheizung usw. brauche. Übrigens könne man auch ohne Abschaffung des Amtes überflüssige Beamte entlassen, was ja auch schon geschehen sei. Von seiten der Wyzwolenie wird angeführt, daß die Abschaffung sich besonders auf den Dörfern unangenehm bemerkbar machen werde, wo bei mangelndem Personal der Diebstahl, hauptsächlich amerikanischer Briefe, grassiere. Schließlich wurde die Abschaffung des Ministeriums, wie zu erwarten war, beschlossen.

Sehr interessant war das Verhalten der Linken, als Grünbaum von der jüdischen Gruppe den Dringlichkeitsantrag stellte, ein Schulgesetz für die Minderheiten zu schaffen, wozu er gleich den Gesetzentwurf vorlegte und ausführlich begründete. Der Sozialist Czapiński wandte sich zunächst gegen die Begründung des Dringlichkeitsantrags, der sich auf das Minderheitsschutzgesetz stütze. Dieser Minderheitenschutzvertrag aber sei Polen aufgezwungen worden! Das sagt ein Sozialist, dessen Partei sich doch für den gerechten Schutz der Minderheiten einsetzen will! Auch hält er vom sozialistischen Standpunkt das Gesetz für reaktionär, da es die Minderheitsschule fordere, wenn 30 Kinder der gleichen Glaubensgemeinschaft vorhanden seien. Hiermit schaffe man die konfessionelle Schule. Schließlich aber tritt er im Namen seiner Partei dennoch für die Dringlichkeit ein, da die Schulfrage nach der Verfassung geregelt werden müsse. Nun aber geschah es, daß die neue Parteigemeinschaft der Wyzwolenie und der Dąbskigruppe sich gegen die Dringlichkeit erklärte. Das war die erste Handlung, mit der die neue Parteigemeinschaft ihre Haltung in der Minderheitenfrage zu erkennen gab! Die Dringlichkeit des Antrags wurde also abgelehnt, und somit wird wohl niemals der Grünbaumsche Gesetzentwurf im Sejm zur Behandlung kommen.

Die wunderbare Hyäne.

(Eine Fabel statt eines Leitartikels.)

Meldung aus Warschau: „In einer Sitzung des Hauptvorstandes der christlich-demokratischen Partei wurde eine Entschließung angenommen, in der unter anderem festgestellt wird, daß die „Chjena" (Chrześciański Związek Jedności Narodowej, Christlicher Verband der Nationalen Einheit) nur für die Zeit der Wahlen gebildet wurde und gegenwärtig nicht mehr existiert." (Pos. Tagebl. Nr. 268).

Es war einmal eine Hyäne. Ein gar wildes, reißendes Tier. Sie lebte in einer finstern Gegend Afrikas und war der Schrecken der ganzen Gegend.

Diese Hyäne war übrigens keine ganz gewöhnliche Hyäne, sondern eine Hyäne mit eigenen Ideen. Und ihre zwei Hauptideen waren diese: Daß in dem Bezirk, in den sie hauste, kein anderes Tier etwas zu sagen hätte als sie, die ungewöhnliche Hyäne, und daß sie, die ungewöhnliche Hyäne, das Recht hätte, in ihrem Bezirk alles kleinere Getier aufzufressen.

Die Kunde von dieser ungewöhnlichen Hyäne drang bald über die Grenzen ihres Bezirks hinaus. Denn mancherlei kleine Tiere, die keine Lust hatten, dauernd mit ihr zusammen zu leben und von ihr bedroht zu werden, gingen in andere Bezirke und ließen sich dort nieder, — manchmal auch in Bezirken, die weniger fruchtbar waren und wo es weniger zu fressen gab, wo aber dafür keine ungewöhnliche Hyäne vorhanden war und das Dasein der kleineren Tiere dauernd bedrohte.

So verbreitete sich die Kunde von den Zuständen im Bezirk der Hyäne über den ganzen dunklen Erdteil, und mancherlei mächtige Tiere, an deren Gunst und Freundschaft den großen Tieren des Hyänenbezirkes sehr gelegen war, schüttelten ihre Mähnen und machten ihre Freundschaft davon abhängig, daß der Bedrohung der kleinen Tiere durch die ungewöhnliche Hyäne ein Ende gemacht würde.

Nun aber zeigte es sich, wie opferfreudig und selbstlos die Hyäne war und welcher Gemeinsinn in ihrem Busen lebte.

Als sie den Schaden sah, den ihr Treiben dem ganzen Bezirk brachte, da raffte die Hyäne sich zu einem großherzigen Entschluß auf. Sie ging hin und verzichtete — auf ihren Namen. „Von jetzt an" — so erklärte sie feierlich — „gibt es hier keine Hyäne mehr. Ich habe mich aufgelöst."

Und dann fraß sie wie früher das kleinere Getier und fiel über jeden her, der anderer Meinung war als sie.

*

Die Zukunft des Ministeriums für öffentliche Arbeiten.

Wie die „Varsovia" meldet, ist die Angelegenheit des Rücktritts des Ministers für öffentliche Arbeiten Łopuszański jetzt entschieden. Es sind indessen Schwierigkeiten betreffs der Besetzung aufgetaucht, da der Kandidat der Piasten Pawłowski eine ganze Reihe von Vorbehalten macht hinsichtlich der Übernahme dieses Ministeriums. Es handelt sich um Vorbehalte politischer Natur, denn Pawłowski gehört zu der sogenannten Linken des Piast. Łopuszański war nicht Minister, sondern nur Leiter dieses Ministeriums. Das Ministerium selbst hatte man für Skulski vorbehalten, eine Kombination, die aber nicht zur Ausführung kam, weil sich um die Stelle recht kräftig der bekannte Abg. Bryl bewarb. Wie erinnerlich, hat Bryl sogar für sich und seine Anhänger mit dem Austritt aus der Partei gedroht, wenn ihm dieser Ministerposten nicht übertragen würde. In gewissen Kreisen herrscht indessen die Meinung, daß dieses Ministerium aus Sparsamkeitsrücksichten überhaupt aufgelöst werden könnte.

Die Ausfuhr von Getreide.

Nach Pressemeldungen soll die Einziehung der Vermögenssteuer von der Landwirtschaft erfolgen gemäß der Abmachung mit Korfanty im Wege der Lebensmittelausfuhr. Es sollen ungefähr 140 000 Waggons Getreide (Roggen, Hafer und Gerste) ausgeführt werden. Die Landwirte sollen eine spezielle Ausfuhrorganisation schaffen, die unter der Kontrolle der Regierung die Ausfuhr regelt, und die Devisen, die durch die Ausfuhr erlangt werden, als Vorschuß auf die Vermögenssteuer einzahlen. Der Vorschuß ist auf 14,5 Millionen Dollar kontingentiert. Die Ausfuhr wird erst gestattet nach Sicherung der Versorgung des Innenmarktes.

Auch Albert bei der Kabinettsbildung gescheitert. Jarres ist der nächste.

Dr. Albert ist es nicht gelungen, ein Kabinett zu bilden. Er hat daher seinen Auftrag an den Reichspräsidenten Ebert zurückgegeben.

Die Deutsche Volkspartei hat nochmals den Versuch zur Bildung eines Bürgerblockes unternommen und die Person des Dr. Jarres zum Reichskanzler vorgeschlagen. Jarres findet die Unterstützung der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Bayerischen Bauernbundes und der Hannoveraner. Das Zentrum will, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt werden, in den Bürgerblock eintreten, die Demokraten wollen jedoch nur eine wohlwollende Neutralität bewahren.

Alberts Mißerfolg.

Anläßlich der Beauftragung Dr. Alberts mit der Kabinettsbildung schrieb die „Deutsche Tagesztg": „Der mit der Kabinettsbildung beauftragte frühere Reichsminister Dr. Albert genießt bei niemand anders Vertrauen als bei demjenigen, der ihn mit der Kabinettsbildung beauftragt hat, nämlich dem Reichspräsidenten Ebert."

Bei seiner Ministersuche erhielt Albert nur eine einzige Zusage, nämlich vom Postminister Hoefle. Jarres, Geßler und Graf Kanitz lehnten ab. Zentrum, Volkspartei und Demokraten erklärten ihm, daß er auf ihre Unterstützung nicht rechnen könne.

Die Haltung des Reichspräsidenten Ebert wird seitens der Rechtsparteien stark angegriffen. Man stellt mit Befremden fest, daß der Reichspräsident nicht versucht hat, die deutschnationale Fraktion mit der Neubildung der Regierung zu beauftragen, obwohl es doch parlamentarischer Brauch ist, zunächst die Parteien, die den Sturz des alten Kabinetts herbeigeführt haben, mit der Neubildung zu beauftragen. Der Abgeordnete Hergt läßt durch die deutschnationale Korrespondenz noch einmal sein Befremden darüber feststellen, daß den Deutschnationalen kein Auftrag zur Neubildung erteilt worden sei, obwohl diese Partei ausdrücklich sich zur Annahme dieses Auftrages bereit erklärt hatte.

Der „Tag" erklärt in der Montagabend-Ausgabe, daß Albert der vom republikanischen Reichspräsidenten ausgesuchte Kandidat der Republik sei, der sich auf das Vertrauen der Sozialdemokraten und Demokraten stützen, also eine verschleierte Wirth-Koalition bilden wolle. Volkspartei und Deutschnationale müßten diesen Schachzug Eberts sofort mattsetzen und ihm ein Kabinett aufzwingen, das der Sachlage entspreche.

Die für Jarres eintretenden Parteien würden zusammen 227 Stimmen ausmachen, die marxistischen Parteien plus Deutschvölkische 193. Die 39 Stimmen der Demokraten würden der Opposition aber zu einer Mehrheit von 5 Stimmen verhelfen. Von der Haltung der Demokraten hängt es also ab, ob die von der Volkspartei vorgeschlagene Kandidatur Jarres Erfolg hat.

Die Deutschen in Polen.

Die Frage der Minderheitsschulen.

Die Sejmabgeordneten Daczko (Deutscher Klub) und Hausner (Jüd. Klub) statteten dem Kultusminister Grabski einen Besuch ab und berieten mit ihm über die Frage der Minderheitsschulen. Minister Grabski versprach, sich der Sache anzunehmen.

Deutsche Schulnot in Soldau.

Die Abgeordneten Daczko und Genossen von der Deutschen Vereinigung im Sejm richteten an den Unterrichtsminister folgende Interpellation:

„In Soldau bestehen bei der polnischen Mittelschule deutsche Parallelklassen. Das Schulkuratorium in Thorn hatte durch Verfügung vom 21. Juni 1923, Tgb.-Nr. 8580 — II. 23, schon vorher die Schließung der 1. Klasse mit deutscher Unterrichtssprache angeordnet, wahrscheinlich für den Fall, daß sich nicht die genügende Zahl von Kindern deutscher Nationalität für diese Klasse anmelden würden. Die Mindestzahl von Kindern dieser Klasse sollte 15 betragen. Die Schulleitung teilte durch Schreiben vom 28. August d. Js., Tgb.-Nr. 209/23, den Eltern der die 1. Klasse besuchenden deutschen Kinder mit, daß die deutsche 1. Klasse aufgelöst sei, weil die Zahl der Kinder nur 10 beträgt.

Die Aufnahme von Kindern deutscher Nationalität für die 1. Klasse ist durch den Rektor der Schule

und den Starosten absichtlich verhindert worden. Der Aufnahmetermin neuer Schüler wurde nur im „Orędownik", der in polnischer Sprache erscheint und den die deutschen Familien nicht lesen können, bekannt gemacht. Weil aber in der Bürgerschaft von Soldau und Umgegend der Termin bekannt wurde, fanden sich am 25. Juni 1923 eine größere Zahl von Müttern in der Schule ein, um die Anmeldung der Kinder bei dem Leiter der Schule, Herrn Wejrowski, zu erledigen. Letzterer hatte diesen Tag als Aufnahmetermin bekanntgegeben, war aber nicht in der Schule anwesend. Er hatte mit seiner Vertretung zwar eine Lehrerin beauftragt, die aber mit den Formalitäten der Aufnahme so wenig vertraut war, daß sie nur einen geringen Teil der Anmeldungen erledigte und daß eine erhebliche Zahl von Müttern unverrichteter Sache die Schule verlassen mußte. Letztere fanden sich am 26. Juni cr. wieder in der Schule ein. Hier erhielten sie ein Formular zur Ausfüllung für die Eltern und die anzumeldenden Kinder, wovon ein Exemplar beigefügt wird. Nach diesem Formular gilt nicht die Erklärung der Eltern über ihre Nationalität, sondern die Wahrheit ihrer Angaben wird vom Starosten geprüft, bestätigt oder angezweifelt. **Diese Maßgabe widerspricht der Verordnung des Herrn Ministers vom 7. Juni 1923, 1275/23 S**, nach welcher die protokollarische Erklärung des Vaters, daß er deutscher Nationalität sei, zur Aufnahme seiner Kinder in eine deutsche Schule allein genügt. In Soldau entscheidet der Starost darüber.

Nach der Ausfüllung des Formulars und Unterzeichnung desselben durch den Vater bzw. seinen Stellvertreter begaben sich die Eltern zur Starostei behufs Bestätigung ihrer Erklärung. Der Herr Starost war anderweitig beschäftigt, so daß die Schulangelegenheit an diesem Tage nicht mehr erledigt werden konnte. Die Folge davon war, daß die Aufnahme aller dieser für die Mittelschule bestimmten Kinder nicht erfolgte und die 1. Klasse mit deutscher Unterrichtssprache geschlossen wurde. Als den Eltern hiervon Mitteilung gemacht wurde, wandten sie sich in einem Gesuch vom 30. 8. 23 an die Schulleitung der Mittelschule um die Aufnahme ihrer 26 Kinder in die 1. Klasse der Mittelschule. Abschrift hiervon wurde dem Bezirksschulkuratorium und dem Herrn Unterrichtsminister übersandt. Bisher ist das Gesuch nicht berücksichtigt, auch keine Antwort darauf erfolgt.

Eine Elterndeputation begab sich zum Bezirksschulkuratorium nach Thorn, um ihrer Forderung Nachdruck zu verschaffen. Dort eröffnete ihnen der Herr Kurator oder sein Stellvertreter: **„Alle Kinder mit polnisch klingenden Namen gehören zum Polentum; die Vorfahren sind gewaltsam germanisiert; die Kinder müssen zu ihrer Wurzel zurück. Soldau ist ein besonderer Winkel, in dem wir jetzt aufräumen."** Die persönliche Vorstellung der Elternvertretung richtete in Thorn nichts aus. Ihre Kinder wurden gewaltsam polnischen Abteilungen überwiesen, wo wegen Unkenntnis oder nur geringer Kenntnis der polnischen Sprache der Unterricht weder in geistiger noch ethischer Beziehung wirkungsvoll auf sie bleibt.

So hat im Soldauer Bezirk über Denken, Fühlen und Wollen, über das Heil seiner Seele nicht der Einzelne zu entscheiden, sondern nur die Behörden, die jedem nach dem Klange seines Namens die Nationalität zuweisen und das eigene Urteil ausschließen. Und das geschieht im Zeitalter der Demokratie, wo des Volkes Stimme ausschlaggebend sein soll und die persönliche Freiheit das Grundprinzip alles Regierens darstellt. **Was würden die Eltern polnischer Nationalität mit deutsch klingenden Namen, wie Langer, Bursche, Riemer, Buchholz u. a. sagen, wenn die Schulbehörde verfügte, sie gehören zum Deutschtum und müßten ihre Kinder deutschen Schulen zuführen?**

In der Soldauer Mittelschule wurde aus den höheren deutschen Klassen eine Anzahl von Kindern deutscher Muttersprache, deren Eltern nur deutsch sprechen, bei Beginn des neuen Schuljahres den polnischen Klassen überwiesen. Und was war der Grund? Sie hatten sich mit Fleiß und Gewissenhaftigkeit der Erlernung der polnischen Sprache gewidmet. Am Schlusse des Schuljahres prüfte eine Kommission die Kinder der deutschen Klassen auf ihre Kenntnis im Polnischen. Die Prüfung ergab gute Resultate. **Als Belohnung für ihren Fleiß bei Erlernung der polnischen Sprache wurden nun die Kinder deutscher Nationalität den polnischen Abteilungen überwiesen trotz des Einspruchs der Eltern und ihrer Kinder.** Wie lassen sich diese Maßnahmen mit den Bestimmungen der Art. 109 und 110 der Verfassung und Art. 7 und 8 des Minderheitenschutzvertrages in Einklang briegen?

Die Soldauer Schulbehörde ging noch weiter. Sie hat einem großen Teil der deutschen Schulkinder aus dem Landkreise Soldau den Besuch der deutschen Mittelschulklassen in Soldau verboten und sie zwangsweise in die Dorfschulen ihres Wohnortes eingeschult, in denen wider den Willen der Eltern die polnische Unterrichtssprache eingeführt ist. Die Mittelschule in Soldau ist die einzige höhere Schule im Kreise Soldau. **Die Schulbehörde verschließt somit den Kindern deutscher Eltern den Zugang zu einer besseren Bildung.** Die Eltern haben über den Werdegang ihrer Kinder nichts zu bestimmen, das tut die Schulleitung und die Starostei. Die Eltern werden wohl als gleichberechtigt beim Zahlen von Steuern angesehen, nicht aber bei Inanspruchnahme der Schuleinrichtungen durch ihre Kinder. **Das sind Grundsätze, die unvereinbar sind mit den der deutschen Minderheit in Polen in internationalen — von Polen anerkannten — Verträgen garantierten Rechten.**

Unter Bezugnahme auf die obigen Ausführungen fragen wir den Herrn Unterrichtsminister: 1. Sind dem Herrn Unterrichtsminister diese Vorgänge bekannt? 2. Ist er bereit, in bezug auf die Erziehung ihrer Kinder die Elternrechte im Soldauer Kreise zu wahren und diesen deutschen Kindern auf Grund der von den Eltern abgegebenen Erklärung in den deutschen Mittelschulklassen Aufnahme zu verschaffen? 3. Wird er die schuldigen Beamten wegen Nichtachtung der der deutschen Minderheit in Polen garantierten Rechte zur Verantwortung ziehen?

Warschau, den 23. November 1923.

Die Interpellanten.

Minister Kucharski und Senator Adamski über Polens Finanzen.

Finanzminister Kucharski

sprach am Dienstag im Staatshaushaltsausschuß des Sejm über die gegenwärtige Finanzlage und die Stabilisierung der Mark. In der Einleitung wandte sich der Minister gegen die abfällige Kritik an dem Budget für 1923. Er wies darauf hin, daß im vergangenen Jahre an Ausgaben für das Kriegsministerium 732 Millionen Złoty veranschlagt worden waren, in Wirklichkeit aber nur 325 Millionen ausgegeben wurden. Für das Unterrichtsministerium wurden im vergangenen Jahre 93 Millionen veranschlagt, in diesem Jahre 105. Der Einnehmen- und Ausgabenetat des Postministeriums hat das Gleichgewicht beinahe erreicht. Auch das Eisenbahnministerium ist in dieser Hinsicht vorwärts gekommen. Gegenwärtig ist das Finanzministerium bemüht, die Bestellungen möglichst auf die Hälfte ihres vorjährigen Umfangs zu reduzieren. — Zur Deckung der Ausgaben dieses Jahres sollen drei Quellen dienen: 1. Die direkten Steuern und die Vermögenssteuer. 2. Die indirekten Steuern. 3. Die Erträgnisse der Staatsunternehmungen. Diese Quellen zusammen ergeben im Januar und Februar je 69 Millionen Złoty, im März 64, im April 79, im Mai und Juni je 94.

Zur Frage der Stabilisierung der Mark sagte Herr Kucharski: Es gibt eine Ansicht, die die Stabilisierung der Mark vor allen Dingen zur Einführung einer neuen Währung für erforderlich hält und die Stabilisierung in möglichst kurzer Zeit vollendet sehen will. Dazu ist ein Sanierungsfonds erforderlich. Es taucht die Frage auf, ob es nicht besser wäre, diesen Fonds für die Inbetriebsetzung der Emissionsbank und die Ausgabe einer neuen Währung zu verwenden als für eine Stützung der polnischen Mark während eines längeren Zeitabschnittes. Das entscheidende Moment bei der Stabilisierung der Mark wird die Einstellung des Marknotendrucks sein. — Für die Emissionsbank sollen 120 Millionen Złoty aus dem staatlichen Złotyfonds bestimmt werden, 100 Millionen Złoty aus den Vorräten der P. K. K. P., 50 Millionen Złoty aus Immobilien und Einrichtungen der P. K. K. P. und 50 Millionen Złoty aus Sondereinkünften, zusammen 320 Millionen. Davon scheiden 20 Millionen als Anteil des Staates an der Emissionsbank aus und 50 Millionen, die für den Auskauf der polnischen Mark bestimmt sind. Es bleiben also 150 Millionen, die den Sanierungsfonds bilden werden. — Die Rücksicht auf die Möglichkeit einer Teuerung kann die Regierung in der Wahl der Sanierungsmittel nicht beschränken, — um so mehr, als die öffentliche Meinung eine radikale Reform auf diesem Gebiete verlangt.

Nach der Rede des Finanzministers setzte eine lebhafte Aussprache ein, in deren Verlauf der Finanzminister einige an ihn gestellte Fragen beantwortete.

Senator Adamski,

der in der letzten Zeit wiederholt als künftiger Finanzminister genannt wurde und der als gründlicher Kenner der Finanzen Polens gilt (er ist gegenwärtig Mitglied des Finanzrates), hielt vor einigen Tagen im Posener Verein der Juristen und Volkswirtschaftler einen Vortrag über die gegenwärtige Finanzlage, in dem er auch zu der Frage der Stabilisierung der Mark Stellung nahm. Die Stabilisierung, sagte Herr Adamski, muß der Einführung einer neuen Währung vorausgehen. Mit dieser neuen Währung dürfen keine Experimente gemacht werden. Die Mehrheit der Mitglieder des Finanzrates ist der Ansicht, daß bei der Stabilisierung mit einem längeren Zeitabschnitt gerechnet werden muß. Das ist auch die Ansicht des Herrn Hilton Young. Ein Steigen der Preise und der Löhne und Gehälter wird sich nicht vermeiden lassen. Um die Zeit der Stabilisierung — in der die Banknotendruckmaschine stillstehen wird — überdauern zu können, muß der Staat einen Fonds haben. Zu diesem Zweck werden die Metallreserven der P. K. K. P. bestimmt, ferner die Devisenvorschüsse auf die Vermögenssteuer (um die sich der Vizepremier Korfanty bemüht) sowie die erhöhten Steuern und die neuen Steuern.

Herr Adamski sprach auch von der Valorisierung der Steuern. Er kritisierte den Regierungsentwurf und beleuchtete ihn mit Beispielen aus der Praxis. Von vier Mitgliedern des Finanzrates sprachen sich drei gegen den Entwurf aus. Trotzdem kann es als zweifellos angesehen werden, daß er im Sejm auch in dritter Lesung angenommen werden wird.

Giftmordversuch an Kemal Pascha.

Aus [illegible]nopel wurde am 27. November gemeldet, daß auf Kemal Pascha und seine Frau ein Anschlag verübt wurde. Man reichte ihnen vergiftete Speisen. Ärztlicher Hilfe gelang es jedoch, beide zu retten.

Wahlen in Griechenland am 16. Dezember.

Der Regierungschef Gonalas erklärt, daß die Wahlen unbedingt am 16. Dezember stattfinden, denn es sei der Regierung unmöglich, länger auf eine Einigung zwischen Republikanern und Venizelos zu warten. Nachmittags traf Plastiras die folgende Entscheidung: die Neuwahlen finden unwiderruflich am 16. Dezember statt. Jeder Versuch, die Republik durch einen Staatsstreich zu erzwingen, ist verboten. Erst nach Aufstellung der Parteilisten wird Plastiras entscheiden, welcher der Listen die Regierung die moralische Unterstützung leihen wird. „Hestia" zufolge werden die kaufmännischen Verbände Griechenlands überall Versammlungen organisieren, in denen die Venizelos-Anhänger aufgefordert werden, nach Griechenland zurückzukehren.

Die Aufgaben der Belgrader Konferenz.

Der „Matin" meldet aus Belgrad: Die kommende Konferenz der Staaten der Kleinen Entente wird zum Zwecke haben, eine gemeinsame Verhaltenslinie festzusetzen und eine Verständigung mit Polen über das Verhältnis zu Deutschland und Rußland zu erreichen. Was die Entschädigungsfrage betrifft, so wurde in Prag, Belgrad und Bukarest die Überzeugung ausgedrückt, daß die Staaten der Kleinen Entente in Zukunft an den betreffenden Konferenzen der Großstaaten teilnehmen müßten.

Frankreich beabsichtigt eine Provokation Bayerns?

Aus München wird der T.-U. gemeldet:

Am 1. Dezember wird im Auftrage der französischen Regierung General Nollet die Militärkontrolle in Deutschland wieder aufnehmen. Wie aus guter Quelle mitgeteilt wird, sei geplant, vor allem in Bayern in aufreizender Form diese Tätigkeit aufzunehmen in der Erwartung, daß die Bevölkerung sich zu gewaltsamem Widerstand bringen lasse. Es stehe fest, daß sich eine Anzahl französischer Offiziere bereit erklärt habe, die mit der Provokation verbundenen Gefahren auf sich zu nehmen, um Frankreich einen Vorwand für eine „Strafexpedition" zu schaffen.

Wieder ein politischer Mord auf dem Balkan.

Wie heute aus Sofia gemeldet wird, ist ein südslawischer Major mit seiner Ordonnanz an der bulgarischen Grenze ermordet worden.

Einigung in der Tangerfrage.

Nach dem „Intransigeant" ist die Grundlage für eine Einigung in der Frage von Tanger gefunden worden. Die Stadt Tanger und ihr Hafen sollen durch eine Kommission verwaltet werden, der 18 Eingeborene und je 6 Franzosen, Spanier und Engländer angehören. Die Eingeborenenvertreter sollen zur Hälfte unter den Muselmanen und zur Hälfte unter den Juden ausgesucht werden. Frankreich soll die finanzielle Vorherrschaft erlangen unter der Bedingung, daß es für Tanger und seinen Hafen eine Anleihe von 50 Millionen Franken sicherstellt.

Die verhexte Stadt.

Eine heitere Spitzbubengeschichte von Karl Ettlinger.

(5. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Und da drüben in der Eckvilla mit dem schlanken Türmchen, war dort nicht der pensionierte Sparkassenbuchhalter heimisch gewesen, dem man unbedingt „Rotnas'!" nachrufen mußte, weil er dann einen Wutanfall bekam?

Am lebhaftesten aber dachte Eduard an den alten Mann, der einst in der Höhenstraße 74 gewohnt hatte, der ihn aus seiner Liebe verflucht hatte, der so schnell auf seinen Versöhnungsvorschlag eingegangen war, weil er ihm nie böse gewesen war, und der nun da draußen auf dem Friedhof ruhte unter einem Grabstein, den sein Sohn nur von einer Photographie her kannte.

Der alte Friedrich Quickborn hatte ihm die Photographie geschickt mit einem Brief, den Eduard zu beantworten stets vor neuem verbummelte. Und, alle Teufel, auch dem Rechtsanwalt Meier III hatte er seit Jahren keine Antwort mehr gegeben, bis Meier III die zwecklose Schreiberei eingestellt hatte. Na, einerlei, in zehn Minuten würde er vor Friedrich Quickborn stehen und morgen vormittag vor Meier III. Und heute nachmittag noch vor dem Grabhügel, der das treueste Vaterherz deckte.

Hallo, — hatte die Eckvilla mit dem Türmchen Doppelgänger bekommen? Jetzt rumpelte er schon zum drittenmal an ihr vorüber. Oder fuhr ihn dieser niederträchtige Kutscher zum Vergnügen straßauf, straßab? Der Droschkenklepper machte wohl auf seine Kosten eine Bewegungskur in der guten stickstoffhaltigen Luft?!

„Heda, ehrwürdiger Rosselenker, wohin denn? Habe gesagt: Nummer 74! Neun mal acht plus zwei! Lege keinen Wert auf Spazierfahrten! Bin heute schon genug in der Eisenbahn durcheinandergerüttelt worden."

Phlegmatisch drehte sich der Kutscher auf dem Bock um: „Nummer 74 gibts nich! Ich such die Nummer schon seit 'ner halben Stunde!"

„O Alkohol, o Laster des Suffes!" deklamierte Bohnkraut. „Ganze Stadt scheint zu Ehren des Indianerhäuptlings beduselt! Mensch, mach die Augen auf! Ecke Höhenstraße und Mühlenweg, gar nicht zu verfehlen! Nebenan war mal ein bissiger Hund!" Der Kutscher wurde grob. „Wenn ich sag, Nummer 74 gibts nich, dann gibt sies nich! 72 gibts und 76 gibts, aber 74 is nich! Und das mit der Besoffenheit nehmen Sie zurück, oder Se können zu Fuß laufen!" Er hatte den Wagen angehalten und die Zügel neben sich gelegt.

„Dein Stolz ehrt Dich, alter Knabe," lenkte Eduard gemütlich ein. „Nehme Dich also von dem allgemeinen Delirium aus. Zufrieden? — Aber nun setze Dich wieder in Trab und expediere mich nach Nummer 74."

„Gibts nich!" beharrte der Droschkencharon. „Da hat wohl früher mal 'n Haus gestanden, jetzt is nur noch 'n Bauplatz da. Wenn Se sich dadrauf niederlassen wollen, mir kanns pipe sein!"

Jetzt stieß Eduard Bohnkraut einen Fluch aus, wie sie nur in dem überaus fruchtbaren Klima Südamerikas gedeihen. „Drei Stockwerke nennst Du Nilpferd einen Bauplatz? Wenn das mein alter Freund Quickborn hört —"

„Der hört schon lange nichts mehr. Der hört seit zwei Jahren nur noch die Engel Halleluja singen, da droben, verstehen Se!"

„Was, sagst Du da? Friedrich Quickborn ist tot? Woher weißt Du denn das?"

„Nanu, wenn die Leute begraben werden, sin se meistenteils tot! Ich werde doch Friedrich Quickborn gekannt haben!"

Eduard stutzte. Quickborn tot? Ja, zum Donnerwetter, dann wär es wohl am besten, schleunigst den Rechtsanwalt aufzusuchen. „Zum Rechtsanwalt Meier III!" brüllte er. Ihm war plötzlich zweierlei zumute geworden.

„Ich kenn keine numerierten Rechtsanwälte! Da müssen Se sich schon 'n bißchen deutlicher ausdrücken!"

„Dann fahr zum Kuckuck!"

„Bin ich nicht verpflichtet. Weiß auch nicht, wo der wohnt. Und nu kriechen Se mal gefälligst aus meinem Karren raus; der is kein Quartier für Obdachlose! Narren fahr ich nich. Berappen Se Ihre zwölf Mark fuffzig un leben Se wohl! Mein Gaul kann Ihr Gebrüll nich vertragen. Paula hat Nerven."

Eduard Bohnkraut nahm seine Reisetasche, sprang aus dem Wagen, zahlte und sauste der Höhenstraße zu.

Der Kutscher hatte recht: das Haus 74 gab es nicht mehr. Es war verschwunden. Spurlos verschwunden. Nur noch Reste der Kellermauern zeugten, daß hier einmal ein Haus gestanden hatte, und allerlei Gerümpel, gemischt mit verrosteten Konservendosen, spottete des magistratlichen Schildes: „Abladen von Schutt ist hier strengstens verboten."

Eduard stand mit offenem Munde da. Er kniff sich in die rechte Wade, er boxte sich auf die Nase: „Aufgewacht old fellow! Bist nicht mehr auf dem großen Wasser!... Die Seekrankheit ist vorüber... Komm endlich zu Dir!" Aber er mißhandelte seine ehrliche dicke Nase vergeblich. Das Bild vor seinen Augen veränderte sich nicht. Eine unbändige Wut packte ihn. Wie oft hatte er sich in die Räume zurückgeträumt, darin er seine Kindheit verlebt hatte, wie treulich hatte er die ererbten Möbel hüten wollen, das alte Besuchszimmer, das Bett, in dem sein Vater gestorben war, das große Bild seiner Mutter, den Tisch, an dem er einst seine Schulaufgaben gemacht oder auch nicht gemacht hatte, an dem er seine ersten Liebesbriefe geschrieben hatte, — und nun war diese unersetzlichen Stücke verschwunden! Und mit ihnen das ganze Haus.

„Aber, Hölle und Fegefeuer, ein Haus kann doch nicht verschwinden!" tobte er und krallte die Hände in die Reisetasche, als sei diese an allem Unheil schuld. „Vielleicht, daß sie's wegen Baufälligkeit abreißen mußten? Hier in Deutschland haben sie ja so verrückte Gesetze!... Aber das hätte mir doch der verwünschte Paragraphenfuchser Meier III gefälligst mitteilen können!... Allerdings habe ich ihm seine Briefe nicht beantwortet... vielleicht ist ihm der einseitige Briefwechsel zu dumm geworden..."

(Fortsetzung folgt.)

Allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet.

Aus Düsseldorf wird gemeldet: Der von den belgisch-französischen Behörden mit Vertretern der deutschen Großindustrie im Ruhrgebiet abgeschlossene Vertrag hat unter den Arbeitern des Ruhrgebietes lebhafte Befriedigung ausgelöst. In der Grube Konstantin wurde am Dienstag früh die Arbeit aufgenommen. Ferner ist die Kokerei Präsident in Betrieb gesetzt worden. Die Direktion der Thyssenwerke in Hamborn gab bekannt, daß heute, am Mittwoch, die Werke den Betrieb aufnehmen sollten. 75 Prozent der entlassenen Arbeiter werden wieder eingestellt. Der mit den Badischen Anilinwerken abgeschlossene Vertrag besagt, daß die Gesellschaft sich der Durchführung der Kontrolle durch die alliierten Organe zum Zweck der Verhinderung der Anfertigung von Kriegsmaterial nicht widersetzen werde.

Die Bedeutung des Düsseldorfer Abkommens.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ bringt in ihrer Dienstagnummer den vollständigen französischen und deutschen Text des Abkommens zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Bergbau und der Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines (Micum).

Über die Bedeutung des Abkommens bemerkt die „D. A. Z.“: „Die aufgeführten Hauptbestimmungen erscheinen so drückend und hart, daß der Laienverstand zweifelt, wie unter diesen Verhältnissen eine kaufmännische Kalkulation möglich ist, bei der, ganz zu schweigen von irgend welchem Gewinn, wenigstens die Substanz in produktionsfähigem Zustand erhalten bleibt. Bei solchem Zweifel ist zu berücksichtigen, **daß das ganze Abkommen nur ein provisorisches ist und nur bis zum 15. April 1924, d. h. rund fünf Monate in Kraft bleiben soll.**

Die Unterschrift der Leiter des rheinisch-westfälischen Bergbaues bürgt aber der Gegenseite für eine pünktliche Ausführung, und sie bürgt dem besetzten und unbesetzten Deutschland dafür, daß nunmehr eine Periode der Entspannung eintritt, die es ermöglichen wird, das unbesetzte Deutschland mit den notwendigsten Produkten aus dem Hauptindustriegebiet, die Bewohner des besetzten Gebietes, die schon so Unendliches erduldet haben, mit Arbeit und Brot zu versehen.

Auf der anderen Seite wird, so hoffen wir, diese Bürde, die das besetzte Deutschland auf sich genommen hat, auch zu einer erheblichen Entlastung des Gesamtdeutschlands von den ihm auferlegten Reparationsverpflichtungen beitragen, denn Artikel XVII bestimmt ausdrücklich, daß der Gegenwert aller beschlagnahmten und auf Grund dieses Abkommens gelieferten Kohlen, Koks und Nebenprodukte Deutschland auf Reparationskonto gutgeschrieben wird. Auch der Erlös aller Abgaben usw., der in eine gesonderte Pfänderkasse fließt, untersteht in seinem endgültigen Schicksal dem Befinden der Reparationskommission, während dagegen zunächst die Besatzungsmächte das Recht haben, aus dieser Pfänderkasse die Kosten ihrer Besatzung zu decken.

Wie immer, so wird es auch in diesem Falle für eine fruchtbringende Zusammenarbeit der Besatzung mit dem rheinisch-westfälischen Bergbau auf die Auslegung ankommen, die dieser Vertrag bei den politischen Machthabern erfährt. Er enthält zahlreiche Klauseln, die ein milderes Vorgehen, eine freundlichere Auslegung zulassen, die den wirtschaftlichen Bedingungen Rechnung tragen wollen, wie sie sich während des Laufes des Abkommens entwickeln könnten, Bestimmungen, die der Gegenseite also Gelegenheit genug geben, von dem Geist Zeugnis abzulegen, in dem sie die wirtschaftliche Zukunft Mitteleuropas gestalten will. Wir sind zwar der Meinung, daß in der Politik keineswegs die Wirtschaft die ausschlaggebende Rolle spielt, glauben aber, daß in diesem besonderen Falle: Rhein und Ruhr, die Wirtschaft das Kriterium für die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich bildet; wir glauben weiter, daß diese Beziehungen darüber hinaus auch das Kriterium für das weitere Schicksal Westeuropas abgeben.

Der „Temps“ über die Verwendung der Ruhrerträge

Der „Temps“ veröffentlicht die aufsehenerregende Nachricht, daß Frankreich den deutschen Großindustriellen in dem am Freitag unterzeichneten Abkommen das Zugeständnis gemacht hat, die Frage, auf welches Konto der Wert der Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet gutgeschrieben werden soll, der Reparationskommission zur Entscheidung zu unterbreiten. Das Blatt bemerkt dazu, die Reparationskommission werde in nächster Zeit diese Frage, die auch in der letzten Note der Kriegslastenkommission berührt wurde, zu erörtern haben. Im Leitartikel führt der „Temps“ aus, Stresemann habe es den deutschen Industriellen zur Pflicht gemacht, darauf zu bestehen, daß die gesamten Sachleistungen der deutschen Industrie auf Reparationskonto gutgeschrieben werden. Dadurch seien die Düsseldorfer Verhandlungen verzögert worden. Die französische Regierung müsse auch an die Rückerstattung der Kosten der Ruhrbesetzung denken und habe die deutschen Forderungen nicht annehmen können. Die Streitfrage sei jetzt „auf die natürlichste Weise“ gelöst worden, indem man die Verwendung der betreffenden Summe der Reparationskommission überläßt. Der „Temps“ fährt fort: Diese Lösung stellt beide Parteien zufrieden und schließt für keinen Teil eine Demütigung ein. Sie sei notwendig gewesen, weil die Reparationskommission die Höhe der deutschen Kohlenlieferungen festgesetzt hatte. Frankreich gehe nicht darauf aus, die Zuständigkeit der Reparationskommission einzuschränken, sondern wolle sie im Gegenteil aufrechterhalten. In Deutschland sei die Lösung von unabhängigen Geistern empfohlen worden.

Englische Sorgen wegen der Politik Poicarés.

„Observer“ schreibt, die verhängnisvolle Schwäche der von Poincaré angewandten französischen Politik sei, **daß sie auf die Dauer mit den allgemeinen Interessen Europas in Widerspruch** stehe. Es liege nicht im Interesse einer großen Mehrheit der europäischen Nationen, daß die Stabilität im Herzen Europas einem **System der Gewalt** geopfert werde, **das seiner Natur nach nicht von Dauer sein könne.** Nicht Frankreich, sondern Deutschland werde jetzt verwüstet. Wenn irgend jemand die Isolierung Frankreichs organisiere, so sei es Poincaré. Zugleich organisiere er die Anarchie in Deutschland. Unter dem Druck der französischen Politik sei eine vierte deutsche republikanische Regierung gestürzt worden. Ebert und Stresemann hätten gegen eine Übermacht um das Leben der jungen Republik gekämpft. Poincaré habe nichts ungetan gelassen, um ihre Schwierigkeiten zu vergrößern. Die Demokratie sei ein Faktor von der größten Bedeutung für die künftige Sicherheit Frankreichs, aber man gebe ihr keine Möglichkeit, fortzubestehen.

England und die Militärkontrolle.

Der diplomatische Berichterstatter des „Observer“ schreibt, es werde erwartet, daß die interalliierte Militärkontrollkommission anfangs dieser Woche in Berlin zusammentrete. Das britische Mitglied der Kommission, Benham, müsse in enger Fühlung mit dem Foreign Office bleiben. Die Politik, die er durchzuführen habe und wegen der er in enger Fühlung mit Lord Curzon stehe, bezwecke, sicherzustellen, daß kein Versuch gemacht werde, die Kontrolle in Teilen Deutschlands auszuüben, wo augenblicklich keine Berliner Regierung irgend eine wirksame Autorität ausüben könne. Die nächste Woche werde eine kritische Zeit sein, sowohl wegen der unsicheren Lage in Deutschland, als auch wegen der Gefahr, daß die Frage der Verhängung von „Sanktionen“ die Verbündeten von neuem spalte.

Ein englisches Eingeständnis.

Die „Evening News“, eins der franzosenfreundlichen englischen Blätter, besprechen den zwischen Stinnes und den Okkupationsbehörden abgeschlossenen Vertrag und schreiben: Die Reichsregierung hat sich zwar schon vordem entschlossen, den passiven Widerstand im Ruhrgebiet einzustellen, doch haben die Deutschen in Wirklichkeit erst jetzt Frankreich nachgegeben, das heißt in dem Augenblick, als Hugo Stinnes, der Führer der deutschen Industriemagnaten, den Vertrag mit der französischen Bergwerkskommission unterzeichnete. Wenn die Deutschen — so schreibt das Blatt weiter — damals hätten voraussetzen können, daß ihr passiver Widerstand mit einem Fiasko enden würde, und wenn sie weiter vorausgesehen hätten, welche nutzlos verschwendeten Summen ihr Widerstand kosten würde, dann hätten sie zweifellos niemals diesen Weg eingeschlagen. Die Deutschen nahmen an, daß es ihnen gelingen würde, Frankreich zu isolieren, und in dieser Hoffnung schöpften sie von Beginn der Besetzung des Ruhrgebiets an aus dem von der englischen Regierung eingenommenen Standpunkt immer mehr Mut.

(Hier wird also offen zugegeben, daß Englands Haltung Deutschland zu weiterem Widerstand ermutigte und daß Deutschland in der Hoffnung auf ein englisches Eingreifen so lange im Widerstand verharrte. Die englische Regierung wollte Deutschland und seine Geldmittel benutzen, um Frankreich zu schwächen und Poincaré zu stürzen. Der listige Plan ist mißlungen, weil die französische Agitation in England es zu verhindern wußte, daß Baldwin irgendwelche ernsthaften Schritte zu Deutschlands Gunsten unternahm. D. Schriftltg.)

Kommunistische Demonstrationen in Berlin

Dem Berliner Polizeipräsidium war bekannt geworden, daß am Dienstag in Berlin gewaltige Straßendemonstrationen der Kommunisten geplant waren. Die Polizei ergriff alle notwendigen Maßnahmen, um es zu einer Störung der öffentlichen Ordnung nicht kommen zu lassen.

Hinter den Kundgebungen sollen vor allem russische Agenten stehen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 28. November.

Die erste Winterlandschaft.

Heute früh bot sich in diesem Winter zu ersten Male der entzückende Anblick einer allerdings teilweis in Nebel gehüllten Winterlandschaft. Frau Holle hatte gestern abend noch tüchtig ihr Bett geschüttelt und so hatte sich über die schlummernde Natur eine dichte blendend-weiße Schneedecke gebreitet. Die Schneeflocken hatten sich auf die kahlen Äste gelegt und hatten im Verein mit dem Rauhreif die Bäume wie mit einem Zuckerguß überzogen. Das Thermometer zeigte in der 7. Stunde 5 Grad Kälte. Den Weg der fahrenden Straßenbahn kennzeichneten die violett-grünlichen Schlangen der Oberleitung. Hier und da sah man die Haushälter fleißig an der Arbeit, den Bürgersteig von der Schneelast zu befreien. Allgemein ergeht angesichts der großen Verkehrsgefahr, die vom Schnee nicht befreite Bürgersteige bilden, der Ruf an die dazu Verpflichteten: säubert die Bürgersteige und streuet Asche, da ihr euch sonst bei Unglücksfällen schwerer Strafe aussetzt. An jedermann aber richtet sich die Mahnung: gedenket der frierenden und hungernden Alten, und gedenket auch der hungernden Vögel!

Ein Wunschzettel.

Als Kinder durften wir fürs Christkind Wunschzettel schreiben und darauf alles aufführen, was unser Herz begehrte. Einen Wunschzettel fürs Christkind möchte auch ich heute den lieben Leserinnen des „Posener Tageblattes“ unterbreiten. Alles kann ich freilich hier nicht aufzählen, aber einiges, was wir recht nötig brauchen. Zuerst natürlich so viel Wolle, Flachs und Werg wie nur möglich! Bei rechtzeitiger Benachrichtigung hole ich mir die Sachen schon vom Bahnsteig ab, bringe gewünschtenfalls auch Säcke zum Umpacken und einen Handwagen mit. — Ein Eselfuhrwerk ist der zweite Weihnachtswunsch. Da solch ein Grautier ebenso Häcksel frißt wie unsere beiden braven Rindviecher, hätten wir gern eine Handhäckselmaschine — und das nötige Stroh dazu.

Das Osterlämmchen des Herrn Mielitz-Popowo bei Wronke gab schöne Wolle und einen köstlichen Festbraten für die Schwestern. Die vier anderen Lämmchen haben sich zu tüchtigen Schafen ausgewachsen und sollen im Frühjahr geschoren werden. Daß dieser Gedanke recht weite Verbreitung auch auf großen Gütern finden möchte, ist ebenfalls ein Weihnachtswunsch der Spinntante; dann verschmerzt sie vielleicht nach und nach den großen Verlust der fünf Zentner Wolle und 20 Dollar aus Chile. — In voriger Woche folgte sie einer Einladung auf ein weitab gelegenes Dörflein, und es war ihr eine Herzensfreude, zu sehen, wie man trotz steifer werdender Arme und Finger noch dienen kann. Ein wenig geistige und geistliche Erfrischung bringen, Aufklärungsdienst zu tun für den köstlichen Diakonissenberuf, ihrem Mutterhause zu dienen, — wahrlich ein reiches, schönes Alter! Besonders hell leuchteten die Augen ihrer Zuhörer auf, als im heimatlichen Dialekt die Gestalten aus den Dichtungen Holteis, der Gräfin Waldersee, Paul Kellers u. a. m. zu ihnen sprachen. Da ist's nun auch ein Weihnachtswunsch der Spinntante, vielleicht jede Woche einmal solch anregende und erfrischende Fahrt zu machen. Wo weder Geistlicher noch Lehrer vorhanden, ladet vielleicht eine Gutsfrau ihre Bekannten zu einem gemütlichen Abend ein. Jeder bringt etwas für das Diakonissenhaus mit, und die Spinntante wird dann auch dafür sorgen, daß keiner leer nach Hause fährt. Noch fehlen ein leistungsfähiger Webstuhl und ein paar gute, gediegene Spinnräder. Recht viel Staniol- und Flaschenkapseln ist der Weihnachtswunsch unseres Maschinenmeisters.

Gott erhalte unserm Werk und Haus die warme Anteilnahme und vergelte allen, die uns mit Rat und Tat und Gebet helfen. Damit grüßt alle ihre bekannten und unbekannten Freunde

die Spinntante, ul. Grundwalzdka 49.

✕ **Eine Erhöhung der Unterstützungssätze für Familien der zu militärischen Übungen einberufenen Personen** ist vom 15. d. Mts. ab, und zwar auf 60 000, 70 000 und 80 000 M. in Kraft getreten. In Ortschaften mit über 10 000 Einwohnern erhöhen sich diese Sätze um je 20 000 M.

♯ **Neue Paßgebühren.** Durch Verfügung des Innenministers werden die Gebühren für Auslandspässe vom 1. Dezember d. Js. ab wie folgt festgesetzt: Der gewöhnliche Auslandspaß kostet 1 500 000 M., die Genehmigung zur abermaligen Ausreise 500 000 Mark, das Auslandsvisum 500 000 M., der Dauerpaß 3 000 000 M., das Dauervisum für Ausländer zur Reise nach Danzig 4 500 000 Mark, ermäßigte Pässe 500 000 M., ermäßigte Genehmigungen zur abermaligen Ausreise 200 000 M., Paßhefte 80 000 Mark.

♯ **Allgemeine Rattenvertilgung.** Das Starostwo Grodzkie bittet um Aufnahme nachstehender Mitteilung: Um der immer weiter um sich greifenden Rattenplage zu begegnen, ordnet das Starostwo Grodzkie für den 29. und 30. November d. Js. in Posen eine allgemeine Rattenvernichtung durch Auslegen von Phosphorteig auf allen hiesigen Grundstücken an. Zu diesem Zweck wird jeder Grundstücksbesitzer bezw. -Verwalter vom Polizeikommissariat zum Auslegen des Giftmittels aufgefordert werden und ist verpflichtet, dieser Aufforderung bei Vermeidung einer Geldstrafe bis $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark unbedingt Folge zu leisten. Wer unberücksichtigt geblieben ist und keine Aufforderung erhalten hat, ist in wohlverstandenem öffentlichen Interesse verpflichtet, sich selbst im zuständigen Kommissariat zu melden, um die Bescheinigung zum Ankauf von Phosphorteig in Empfang zu nehmen. Die Anordnung des Starostwo Grodzkie kann nur dann den erwünschten Erfolg zeitigen, wenn alle Grundstücksbesitzer bezw. -Verwalter derselben Folge leisten.

✕ **Die Feier seines 350jährigen Bestehens** begeht morgen, Donnerstag, das Maria Magdalena-Gymnasium (frühere Marien-Gymnasium) vormittags 9 Uhr durch ein vom Kardinal-Erzbischof Dr. Dalbor zelebriertes Pontifikalamt in der Bernhardinerkirche um 11 Uhr durch einen Festakt in der Aula des Gymnasiums und nachmittags 4 Uhr durch eine Schüleraufführung.

♯ **Posener Bachverein.** Am nächsten Sonntag, 2. Dezember, dem 1. Advent, findet vormittags 10 Uhr in der Paulikirche ein Festgottesdienst statt. Herr Superintendent Hildt aus Wongrowitz hält die Festpredigt. Sonntag abend um 8 Uhr findet eine musikalische Feierstunde in der Kreuzkirche statt. Außer zwei Kompositionen, die beim Bußtags-Konzert gesungen wurden und auf besonderen Wunsch wiederholt werden sollen, wird ein ganz neues Programm geboten, das dem Charakter des Tages Rechnung trägt.

♯ **Deutscher Theaterverein Posen.** Der Verkauf der Eintrittskarten für die Eröffnungsvorstellung am Freitag, 30. d. Mts., abends 8 Uhr, geht flott von statten, so daß mit einem ausverkauften Saal gerechnet werden kann. Für diese Vorstellung sind drei ehemalige Berufsschauspieler von den Stadttheatern Posen, Straßburg und Nürnberg gewonnen, die die drei Hauptrollen der Magda, der Marie und des Pfarrers Heffterdingt übernommen haben. Ein Besuch der Vorstellung ist um so mehr zu empfehlen, als eine Wiederholung auf keinen Fall stattfinden kann. Eintrittskarten sind noch bei Gumnior, Ecke Sw. Marcin und ul. Gwarna (fr. St. Martin- und Viktoriastr.) zu haben.

♯ **Deutsche Bücherei.** Vom 1. Dezember ab beträgt die Leihgebühr für den Band 10 000 M. Die Versäumnisgebühr beträgt für den Tag und Band 1000 M. ausschl. Portokosten. Für das Abholen der Zeitschriftenmappen sind für Monat Dezember der Frau 200 000 M. zu zahlen.

✕ **Wie man unentgeltlich zu Kohlen kommt.** Als gestern von einer Firma auf dem Güterbahnhofe Kohlen verladen wurden erschien auch ein Wagen auf dem Plan, wurde mit 47 Ztr. Kohlen beladen und fuhr auf und davon. Hinterher stellte sich heraus, daß dieser Wagen zur Kohlenabfuhr gar nicht berechtigt war. Der Täter konnte bald darauf ermittelt, und die Kohlen konnten ihm wieder abgenommen werden.

✕ **Diebstähle.** Gestohlen wurden aus einer Wohnung Bernhardinerplatz 3 ein Damenmantel im Werte von 100 Millionen Mark; aus einem Kaffeehause am Plac Wolności (fr. Wilhelmsplatz) ein Herrenüberzieher im Werte von 100 Millionen Mark; aus einer Gastwirtschaft in St. Lazarus ein Tischtuch für 12 Personen, 6 Mundtücher, 6 Frottierhandtücher, ein Tischtuch mit blauem Rande, eine blaue Battistdecke, sowie verschiedene andere Wäschestücke im Werte von 300 Millionen Mark.

✕ **Polizeilich festgenommen** wurden gestern 13 Dirnen, 5 Betrunkene, 2 Personen wegen Diebstahls, eine wegen Betruges, eine wegen Körperverletzung, 2 Obdachlose.

* **Bromberg**, 27. November. Ein großes Schadenfeuer brach in der letzten Nacht in der Zigarrenkistenfabrik von Schröder, Thorner Straße, aus. Der Brandschaden dürfte einige Milliarden betragen.

* **Gnesen**, 28. November. Einen eigenartigen „Sport“ treiben hier einige junge Bengels auf der Straße, und zwar werfen sie brennende Streichhölzer auf das Haar von vorübergehenden Mädchen. Bei einem dieser Mädchen begann das Haar zu brennen, doch gelang es durch schnelle Hilfe eines Herrn das Feuer zu ersticken.

Am 25. November starb nach kurzer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater

Paul Fischer.

Frau Minna Fischer,
Paul Wolf Fischer,
Helene Fischer,
Conrad Fischer.

Posen, den 28. November 1923.

Die Überführung nach Berlin hat bereits stattgefunden. Beileidsbesuche dankend abgelehnt. Im Sinne des Verstorbenen wird gebeten, statt zugedachter Kranzspenden der deutschen Altershilfe zu gedenken.

Am 25. November entschlief nach kurzer Krankheit unser

stellvertr. Direktor

Herr Paul Fischer.

Seit Begründung der hiesigen Filiale war der Verstorbene an leitender Stelle unser Mitarbeiter.
Seine Lebensarbeit galt der Entwicklung unseres Unternehmens. Er bleibt uns unvergessen.

Direktion der Diskonto-Gesellschaft Filiale Posen.



Heute früh 8½ Uhr entschlief sanft nach langem, mit stiller Geduld ertragenem Leiden meine liebe gute Frau, unsere unvergeßliche Mutter, Schwieger- und Großmutter

Emma Koerth

geb. Seidler.

Dies zeigt schmerzbewegt im Namen der Hinterbliebenen an

Hermann Koerth.

Jaracz Młyn, den 27. November 1923.
Kreis Obornik.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Dezember, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Am 25. November verschied unser Schatzmeister,

Herr Bankdirektor

Paul Fischer.

Wir verlieren in ihm einen treuen Mitarbeiter, einen sachkundigen Berater, einen lieben Freund.

Der Vorstand der Historischen Gesellschaft.
Loewenthal. [4186

Der bittere Tod entriß uns plötzlich ganz unerwartet unser einziges Herzenssöhnchen

Werni.

In tiefstem Schmerz
G. Weidner und Frau.

Siedlec bei Pyzowo, den 27. November 1923.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag um 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch, den 28. 11., um 7½ Uhr: **„Die toten Augen“,** Oper in 2 Akten von Eugen d'Albert.
Donnerstag, den 29. 11., um 7½ Uhr: **„Fra Diavolo“,** Komische Oper in 3 Akten von Auber.
Freitag, den 30. 11., um 7½ Uhr: **„Die Glocken von Corneville“,** Komische Oper von Planquette.
Sonnabend, den 1. 12., um 7½ Uhr: **„Aida“,** Oper von G. Verdi.
Sonntag, den 2. 12., nachm.: **„Die Fledermaus,“** Komische Oper von Strauß.
Sonntag, den 2. 12., um 7½ Uhr: **„Dritter Ballett-Abend.**



Deutscher Theaterverein

Posen.

Eröffnung der Winterspielzeit 1923/24.
Freitag, den 30. November 1923
abends 8 Uhr,
i. groß. Saal des Zoologischen Gartens:

Die Heimat.

Schauspiel in 4 Akten v. Herm. Sudermann.
Karten zu M. 200 000, 150 000, 100 000 u. 70 000 sowie Programme zu M. 10 000 sind bei der Fa. Gumnior, św. Marcin, Ecke ul. Gwarna zu haben.
Der Saal ist gut geheizt!

Infolge der weiteren Markentwertung wird der Preis für das im Städtischen Schlachtviehhof hergestellte Kunsteis vom 1. Dezember d. Js. ab wie folgt erhöht:
Bei Abnahme größerer Mengen 210 000 Mk. für 1 Ztr.
Im Kleinverkauf . . . . . . 240 000 Mk. für 1 Ztr.

Der Magistrat XI 4.

Związkowa Centrala Maszyn Tow. Akc.

POZNAŃ-Wjazdowa 9.

Empfehlen zur sofortigen Lieferung:

Kartoffeldämpfer Ventzki aller Grössen,
Kartoffelsortierer — Kartoffelwäscher,
Rübenschneider mit Doppelkamm,
Häckselmaschinen für Dampf-, Göpel- und Handbetrieb,
Stiftendreschmaschinen — Breitdrescher,
Getreidereinigungsmaschinen „Ideal“,
Windfegen „Triumph“,
Getreidetrieure —— Schneckentrieure,
Tiefkultur- und Zweischarpflüge Orig. Ventzki,
Kleereiber, Kreissägen.

Grösstes Ersatzteillager Westpolens.

Confiserie Walerja Patyk

Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6 (neben der Post)
Gegr. 1901. Telephon 3833. Schließfach 330.

Erstkl. Konfitürengeschäft am Platze

empfiehlt täglich frische Waren in **großer Auswahl.**

Ständige Ausstellung künstlerisch ausgeführter Bonbonnieren.

Wirtschafts[illegible], evgl., mit Aussteuer, w[illegible]cht sol. Landwirt zwecks späterer **Heirat** kennen zu lernen. Nur ernstgemeinte Zuschriften m. Bild u. **M. H. 4184** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Tüchtiger, strebsamer **evgl. Landwirt,** 40 Jahre, mittl. Figur, polnischer Staatsangehöriger, 1 Milliarde Vermögen, wünscht **Einheirat** in **Landwirtschaft, Mühle** oder dergl. Verschwiegenheit Ehrensache. (4211
Offerte unter **Lebensglück** an die Geschäftsst. d. Blattes.

Großer gut erhaltener
Pelzfußsack
mit Mufftaschen zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Posener Tageblatts Zwierzyniecka 6. (4167

Ia Hirschgeweih (14 - Ender) preiswert abzugeben. Angeb. u. **D. 4198** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Arbeitsmarkt

Junger Landwirt, Abiturient, 22 Jahre alt, evg., deutsch und polnisch sprechend, in ungekündigter Stellung, **sucht,** da er solche gern wechseln möchte, vom **1. Januar 1924 Stellung** als

2. Beamter

in **größerer, intensiver, gut geleiteter Wirtschaft.** Beste Zeugnisse und Empfehlungen sind vorhanden. — Gefl. Offerten unt. **A. S. 4207** an d. Geschäftstelle d. Blattes erb.

Gr. Kleiderschrank zu kaufen gesucht. Gefl. Angeb: u. **B. 4197** a. Geschäftsst. d. Bl.

Landhaus mit Garten und freiwerdender Wohnung für 500 Dollar sofort zu verkaufen. Nähe Freiberg i. S. Anfr. an **Luczak, Bannewitz-N. 20. Bez. Dresden.**

Stellengesuche.

Zuverlässig. Windmüller sucht Stellung, würde auch gern bei geringen Ansprüchen Stellung in Wasser-, Dampf- oder Motormühle annehmen. Off. u. **B. 4208** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Junge Witwe aus guter Familie, sucht Stellung im **Haushalt** oder im **Büro.** Off. u. **W. 4178** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Bess. erf. Wirtin mit gut. Zeugn. sucht z. 1.1.24 in kl. ländl. Haush. Vertrauensstellung. Off. u. **W. 4209** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Landwirtstochter, 22jährig, ev., sucht z. **1. 1. 24 Stellung** zur **weiteren Ausbildung** in größerem Landhaushalt. (4210
Gierke, Przychodzko, poczta **Łomnica** pod Zbąszyniem.

Wieder vorrätig:
Popliński - Dr. Loewenthal
Polnisches
Elementarbuch
geb. jetzt **500 000 Mk.**
nach auswärts unter Einschreiben bei vorheriger Einsendung des Betrages **518000 Mark** unter Nachn. **518000 M.**
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., Poznań, Zwierzyniecka 6.



Hersteller Urbin-Werke, G.m.b.H. Danzig, am Troyl.
Vertreter: **M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.**

Empfehle mich als langerfahrener

Industriefachmann f. sämtl. Reparaturen in Kraft- und Dampfanlagen

in und außerhalb der Werkstatt.

Daselbst An- und Verkauf von sämtlichen Maschinen und Eisengeräten. [4212

W. Mazurowski, Boguniewko, pow. Obornicki.

Möbel-Transporte

jeder Art, Stadtumzüge, An- und Abfuhr von Waggonladungen, Gespanngestellung übernimmt

„Britania“

Inh. **Georg Prügel, ul. Forteczna 41** I. Tel. 1677.

Kaufe Landwirtschaft bis 20 Mrg. od. **Häuschen** m. Garten, evtl. nehme in Pacht bis 50 Mrg. Off. an **Furman, Poznań, Łąkowa 15, ptr. links.** (4205

Stellungslos. Kaufmann, Materialist, Deutscher, bittet edeldenk. Herrschaft um **gebr. Kleidungsstücke od. etwas Wäsche.** Bin bereit Stellg. anzunehmen. Gütige Adr. u. **4194** an d. Geschäftsst. d. Bl.

Ein gut möbliertes

Zimmer

sucht intelligentes Fräulein bei älterer Herrschaft. Angeb. u. **4196** a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Der neue Posttarif.

Am 1. Dezember tritt, wie bereits erwähnt, wieder ein neuer, um 100 bis 200 Prozent erhöhter Posttarif in Kraft, dessen Hauptbestimmungen folgende sind:

Inlandsverkehr:

Gewöhnliche Ortsbriefe bis zu 250 Gr. 25 000 Mk., **Fernbriefe** bis zu 20 Gr. 25 000 Mk., über 20 Gr. bis zu 250 Gr. 50 000 Mk. **Postkarten** erfahren eine Verdreifachung, von bisher 5000 auf 15 000 Mark; **Ansichts- und Glückwunschkarten** können mit 2500 Mk. freigemacht werden. Die Bedingungen für diese Gebührermäßigung sind die üblichen. **Drucksachen** werden bis zu 25 Gramm 2500 Mk. kosten, bis zu 50 Gr. 5000, bis zu 100 Gr. 10 000, bis zu 250 Gr. 20 000 Mk., bis zu 500 Gr. 30 000 Mk., bis zu 1000 Gr. 40 000 Mk. **Blindendrucke** bis zu 500 Gr. 250 Mk., bis zu 1000 Gr. 500 Mk. usw. **Handelspapiere** (auch Manuskripte ohne Korrektur) bis zu 250 Gr. 20 000 Mk., bis zu 500 Gr. 30 000 Mk., bis zu 1000 Gr. 40 000 Mk. **Warenproben** bis zu 100 Gr. 15 000 Mk., bis zu 250 Gr. 20 000 Mk., bis zu 500 Gr. 30 000 Mk., bis zu 1000 Gr. 40 000 Mk. Die Gebühr für **Zeitschriften** beträgt für das Exemplar bis zu 50 Gr. 25 Proz. der Gebühr für Drucksachen, bis zu 1000 Gr. 15 Proz. derselben Gebühr. Die Gebühren für **Postanweisungen** bleiben dieselben wie im letzten Tarif. Die höchste Überweisungssumme beträgt für den gewöhnlichen wie für den telegraphischen Überweisungsverkehr weiterhin 10 Millionen Mk. **Pakete** bis zu einem Kilo 40 000 Mk., bis zu 5 Kilo 160 000 Mk., bis zu 10 Kilo 320 000 Mk., bis zu 15 Kilo 500 000 Mk., bis zu 20 Kilo 640 000 Mk., also eine Verdoppelung der alten Gebühren.

Die Telegramm- und Fernsprechgebühren erfahren eine Verdoppelung. Die Telegramme kosten also 20 000 Mk. das Wort. Die Grundtaxe wäre dann 200 000 Mk. Ein Dreiminuten-Ferngespräch bei Entfernungen bis zu 25 Kilometern kommt auf 80 000 Mk., bis zu 50 Kilometern auf 160 000 Mk. usw.

Auslandsverkehr:

Gewöhnliche Briefe nach der Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn bis zu 20 Gr. 40 000 Mk., für jede weiteren 20 Gr. 25 000 Mk.; nach anderen Ländern, d. h. nach Deutschland usw., 50 000 Mk., für jede weiteren 20 Gr. 25 000 Mk.; **Postkarten** nach der Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn 24 000 Mk., nach anderen Ländern 30 000 Mk. **Drucksachen und Zeitschriften** für jede 50 Gr. 10 000 Mk.; **Handelspapiere und Warenproben** für jede 50 Gr. 10 000 Mk. Das Gewicht der Warenproben darf nicht 500 Gr. übersteigen. Das Höchstmaß ist: 30 cm lang, 20 cm breit und 10 cm hoch. Haben die Proben runde Formen, dann dürfen sie nicht länger sein als 30 cm und keinen größeren Durchmesser haben als 15 cm.

Einschreibgebühr für Postsendungen im Inlandsverkehr 25 000 Mk., im Auslandsverkehr 50 000 Mk.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 28. November.

Vom Wetter, vom Saatenstande und von den landwirtschaftlichen Arbeiten.

Der November hat in seinem weiteren Verlauf wechselndes Wetter gebracht, stärkerer Frost ist bis zum 24. ausgeblieben, einige Tage, wie z. B. der 17. und 18., waren geradezu prachtvoll. Das milde Wetter wird in mancher Hinsicht willkommen gewesen sein, schon weil bei diesem an dem teuren Heizmaterial gespart werden konnte. Dann begünstigte das Wetter die Verladung der Kartoffeln, die in den letzten Wochen in größerem Maßstabe erfolgte; jetzt dürfte darin eine Pause eintreten, schon des jetzt einsetzenden Frostes wegen. Auch die Pflugarbeit konnte ungehindert fortgesetzt werden, und man ist mit dieser gut vorwärts gekommen. Ebenso machte die Vegetation noch Fortschritte und die Wintersaaten bieten mit wenigen Ausnahmen einen erfreuenden Anblick dar. Leider treten in vielen Gegenden Mäuse in so großen Mengen auf, daß sie eine empfindliche Plage bilden. Hoffentlich räumt geeignetes Wetter einigermaßen unter ihnen auf, da alle anderen Mittel versagen dürften, und größerer Schaden durch die Nager zu befürchten ist. Auch wird stellenweise über Fehlstellen in den Roggensaaten geklagt, deren Ursache bisher nicht ergründet werden konnte. Die Zuckerrübenbauer sind weiter angestrengt mit der Ablieferung ihrer Ernte beschäftigt. S.

Eisenbahnverkehr. Nach einer Mitteilung der Warschauer Eisenbahndirektion sind die Schnellzüge 401 und 402, die auf der Strecke Warschau—Thorn—Danzig verkehrten, wegen zu geringer Benutzung aufgehoben worden. Der Verkehr der Personenzüge 415 und 416 auf der Strecke Warschau—Thorn—Bromberg ist wieder aufgenommen worden. Wegen Einstellung des Schnellzugpaares 401 und 402 verkehren die direkten Verbindungswagen Danzig—Bukarest einstweilen nur zwischen Warschau und Bukarest. Seit Montag verkehren wieder auf der Strecke Thorn—Bromberg—Danzig die Personenzüge 411 und 412, und zwar mit dem eingezogenen Speisewagen des Schnellzugpaares 401/402.

□ **Gnesen,** 27. November. Die Theaterabteilung des Sportvereins „Wanderer" beginnt ihre Winterspielzeit am Sonntag, 2. Dezember, nachmittags 5 Uhr mit dem dreiaktigen Schwank „Das Stiftungsfest" von Moser. Die Aufführung findet diesmal im Hotel Europe statt.

□ **Lissa i. P.,** 27. November. Am Totenfestsonntage beging die hiesige Kreuzkirchengemeinde die Weihe der Kriegergedächtnistafeln für ihre im Weltkriege gefallenen 280 Söhne. Den Weiheakt vollzog Superintendent Smend.

□ **Neutomischel,** 21. November. Die Goldene Hochzeit beging am Dienstag in dem benachbarten Kunik der Altsitzer Wilhelm Schulz mit seiner Frau Auguste, geb. Kurz, unter Anteilnahme weiter Kreise.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

B. in U. Die Forderung des 100 000fachen für Ihre Hypothek ist durchaus unberechtigt. Sie würden unseres Erachtens für Ihre Klage auf Erfolg zu rechnen haben. Die Klage wäre an den Sąd Powiatowy in Posen zu richten.

A. P. 100. 1. Die vorgesetzte Instanz des Starostwo ist die Wojewodschaft in Posen, bei der Sie Beschwerde einreichen müssen. 2. Der Jagdschein kann Ihnen aus dem angegebenen Grunde vorenthalten werden. 3. Ja.

H. in S. Die Erbschaftssteuer richtet sich nach dem gegenwärtigen Werte der Hinterlassenschaft. Sie ist eingeführt durch Gesetz vom 24. 3. 1923. Sie beträgt für Ehegatten je nach der Höhe der Erbschaft 3—25 v. H.

M. L. 1. Eine Million poln. 2. 1000 Schweizer Franken. Des Nachweises der Herkunft des ausländischen Geldes bedarf es nicht. 3. Wenn Sie einen höheren Betrag als 1 Million mitnehmen wollen, müssen Sie die Genehmigung bei der Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa oder deren Geschäftsstellen nachsuchen, die Ihnen unter den obwaltenden Umständen ganz zweifellos erteilt wird.

L. H. P. Für den Monat Oktober haben wir keine Nachforderung erhoben. Diese 3600 Mk., die Sie an die Post zahlten, galten für die Postzustellungsgebühr der Zeitung.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

♂ **Die Revision des polnischen Zolltarifs.** Am 15. d. Mts. fand in Warschau eine Sitzung des Zollkomitees statt. Der Vertreter des Ministeriums für Handel und Industrie teilte mit, daß die Revision des Zolltarifs soweit vorgeschritten sei, daß das Material demnächst den Interessentenvertretern und der Danziger Regierung zugehen werde. Im übrigen wurden die vorliegenden Fragen über Zollerhöhungen besprochen, von denen zunächst einige chemische Produkte betroffen werden sollen. Von Interesse war der Antrag der schlesischen Fett- und Margarinefabriken auf Erhöhung des Zolles für fertige Margarine und künstliche Speisebutter, dem zugestimmt wurde. Der Zoll dafür soll von 20 Prozent auf 40 Prozent des normalen erhöht werden. Ebenfalls erhöht werden soll auch der Zoll für elektrische Isolierleitungen mit Ausnahme der Leitungen für Starkstrom.

♂ **Die Ausfuhr aus Oberschlesien.** Die von der Handelskammer in Kattowitz auf Grund der herausgegebenen Warenherkunftszeugnisse gesammelten Daten weisen folgende Ziffern für den Warenexport aus Oberschlesien nach dem Auslande in Kilogramm auf: Norwegen 10 000 Rohzink, 300 Gußstahl; Dänemark: 30 160 Rohzink; Frankreich: 800 000 Bretter, 15 000 Stickstoff; Italien: 15 000 Rohzink, 31 202 Gußstahl, 30 800 Raffin.-Zink, 80 812 Eisenblech; Schweden: 60 000 Rohzink; England: 76 200 Rohzink, 127 000 Raffin.-Zink; Schweiz: 20 000 Rohzink; Österreich: 135 000 Rohzink, 2000 Raffinzink. An fremden Valuten flossen daraus zu: Pfund Sterling 31 451, tschech. Kronen 367 600, belg. Franken 3605, Schweizer Franken 12 259, schwed. Kronen 145 700, ital. Liren 141 977, Dollars 8281.

Wirtschaft

♂ **Zollerleichterungen für bestimmte Artikel.** In einer der letzten Sitzungen des Zollkomitees standen Anträge der Industriellen zur Beratung, die darauf hinausgingen, die Zollerleichterungen für eine Reihe von Artikeln aufzuheben und Erleichterungen für Notenleitern, Antimonoxyd, Bestandteile von Bergwerkslampen, elektrischen und Benzinlampen sowie für Papiermatrizen einzuführen.

♂ **Polnisch-schwedischer Handelsvertrag.** Demnächst wird Nylander, der Generaldirektor des Exporteurverbandes in Stockholm, eines der größten schwedischen Industrieinstitutionen, das kürzlich in Stockholm und Göteborg eine Delegation polnischer Ingenieure zu Gaste hatte, nach Polen kommen und mit ihm verschiedene Leiter einiger Schiffahrtsfirmen, die die Absicht haben, im Zusammenhang mit dem jetzt in Ausarbeitung befindlichen Projekt für den polnisch-schwedischen Handelsvertrag sich mit den Wirtschaftsverhältnissen Polens vertraut zu machen.

Geldwesen.

≡ **Interesse in Danzig für polnische Effekten.** Die „Agencja Wschodnia" meldet: „Auf dem Danziger Effektenmarkt hat ein ziemlich starkes Interesse für polnische Aktien eingesetzt. Die vom Senat mit sehr hohen Steuern in Dollar und Gulden belegten Wechselstuben haben fast alle schließen müssen. Einige Banken mußten infolge Verringerung der Frequenz weitumfassende Kündigungen vornehmen. Die Lage in der Industrie ist sehr schwierig. Mit Ausnahme der Nagelfabriken, die verhältnismäßig große Aufträge aus Japan erhalten haben, machen die Industrieunternehmen eine Krise durch, die eine ständige Zunahme der Arbeitslosigkeit im Gefolge hat." Inwieweit hier eine Tendenzmeldung vorliegt, läßt sich im Augenblick nicht nachprüfen.

Von den Aktiengesellschaften.

Konczak u. Wiatrolik T. A. Likörfabrik in Krotoschin. Unter dieser Firma ist in Krotoschin eine Likörfabrik mit einem Aktienkapital von 500 Millionen Mkp. gegründet worden. Die A.-G. besitzt 120 Morgen Land, in der Nähe des Bahnhofes gelegen. Daselbst befinden sich 23 massive Gebäude, eine Brennerei, vollständig betriebsfertig, ferner ein mehrstöckiges Gebäude, in dem sich die Bureaus, Expedition, Destillation usw. befinden. Das Gebäude hat eine Front von 300 Metern. Ferner befinden sich dort massive Gebäude, eine Villa von 16 Zimmern, Speicher, Ställe, Wagenremisen, Tischlerei, Schuppen, Arbeiterwohngebäude. Das Lager an Halbfabrikaten, Rohstoffen und Fertigfabrikaten besitzt einen Wert von mehreren Milliarden. Die Bank Zjednoczenia hat die Ausgabe der Aktien übernommen, die in beschränkter Anzahl mit 15 000 Proz. Interessenten angeboten werden.

Von den Märkten.

Vom polnischen Holzmarkt. Die für den 1. Dezember angekündigte Erhöhung des Eisenbahntarifs um 200 Prozent hat in Holzkaufmannskreisen Konsternation geschaffen. Der inzwischen beigelegte Ausstand im Danziger Hafen verursachte eine Hemmung des Holztransports. Die Nachfrage nach Rundhölzern und ganzen Holzbeständen war beträchtlich. Die neue Einschlagskampagne ist in vollem Gange. Die letzten Preise waren in Tausenden loko Waggon Verladestation in den Produktionszentren folgende: Eichene Stammklötze, gerade und glatt, Tischlersorte, mehr als 30 Zentimeter mittl. Durchmesser, ohne Rinde: 12 000—14 000 je nach Qualität; für den Export ohne Fehler 17 000—18 000; Eiche, Mittelsorte, in ganzen Längen mit Knorren, ohne besondere Aussetzungen bei größerem Angebot 7000—9000 je nach Güte; Fourniereiche I. Sorte, glatt, gerade und feinädrig, von 40 Zentimeter Durchmesser am dünneren Ende, 27 000—29 000 bei geringem Angebot. Das Interesse von seiten der Exporteure fest. Eschene Telegraphenstangen in Exportausmaßen 10 000—11 000. Tischler: Stammklötze guter Sorte bei fester Tendenz: Ulme 9000—10 000, Rüster 10 000—11 000, Weißbuche 8000—8500, Birke 5000—5500, Pappel 7000—8000, Ahorn 9000—9500, Erle 7000—8000, Esche 12 000—13 000, Buche 5500—6000 in kleinen Partien. Exportmaterial erlangte je nach Güte um 50—100 Prozent höhere Preise. Kieferne Stammklötze für den Export, gerade, unsortiert, teilweise unterlaufen, 9000—10 000 bei geringem Angebot (Durchmesser am dünneren Ende von 25 Zentimeter aufwärts), Fichte und Tanne für den Export, mehr als 12" Länge, 12" Breite 15 Prozent billiger. Kieferne Säge-Langhölzer ohne besondere Aussetzungen von 6 Zentimeter Durchmesser am dünneren Ende 6500—7500 bei starker Tendenz, fichtene und tannene 6000—6500. Kieferne Telegraphenstangen in Exportausmaßen 7000—8000. Grubenholz bei fester Nachfrage: Exportsorte 4200—4500, für den Inlandsmarkt bis 4000. Auf dem Danziger Markt wurden infolge des Streiks bedeutendere Umsätze nicht getätigt. Espenholz für Streichholzfabriken im Inlande wurde mit 9000—9500 bezahlt. Fichtenholz für Zellulose und Holzmasse kam trotz des verhältnismäßig teuren Tarifs und trotz verringerter Nachfrage in Ostpreußen auf 4000 pro Raummeter. Gesägtes Holz: Englisch beschnittene Kiefernbohlen, unsortierte Deals und Battens in aktuellen Ausmaßen 23 000—23 500, unsortierte Fichten- und Tannenballen 12 bis 15 Prozent billiger, kiefernes Bauholz, englisch beschnitten, 18 000 bis 18 500, Fichte und Tanne um 12 Prozent billiger. Unsortierte Madriers und Bastings aus Fichte und Tanne für den Export nach Frankreich 18 000—19 000; kieferne Inlands-Tischlerbretter, unbeschnitten, 13 000—14 000, beschnittene für Zimmerleute 9000 bis 10 000, fichtene und tannene kamen auf 9000. Kieferne Halbzöller zu Kisten 10 500—11 000, in Fichte und Tanne billiger. Beschnittene Tischlerbretter in Eiche, ausgesuchtes Material für den Export, ohne Knorren und Fehler 36 000—38 000. Gewöhnliche Eisenbahnschwellen in Kiefernholz für breite Spuren 750—800 loko Linie, zum Export 1250—1300, kieferne Doppeltsleepers 2600 bis 2700, eichene Einzelschwellen 1400—1550, in Buche 1050—1100, belgische Rundhölzer 2600—2700 pro Stück. Brennscheite (trockenes Kiefernholz) bis 40 000 pro 10 000 Kilogramm loko Waggon.

Börse.

≑ **Warschauer Börse vom 27. November.** Die Tendenz für Devisen ist wieder energisch verstärkt. Der Dollar wird bei stark steigendem Kurs lebhaft gehandelt. Zuletzt nennt ihn der Kurszettel mit 3 600 000, nachdem der Kurs von 3 750 000 bereits erreicht war. Das engl. Pfund ist mit 16 100 000 notiert, der Schweizer Frank mit 648 500, der Goldfrank mit 717 300, die österr. Krone mit 52,00, die Tschechenkrone mit 106 000. Von den Wertpapieren ist die Prämienanleihe (Miljonówka) mit 33 000, die Goldanleihe mit 5 300 000 und die Złotybons mit 549 500 notiert. Am Effektenmarkt ist die Haltung nicht einheitlich, zum Teil jedoch anziehend. Es werden notiert: Bankwerte: Diskontowy + 2625, Handlowy + 2550, Kredytowy + 1000, Małopolski + 750, Spółdzielczy 1650, Związku Spółek Zarobkowych + 2925, Polski Bank Handlowy + 975. Industriewerte: Cerata + 145, Sole Potasowe + 3750, Kijewski — 1900, Puls 210, Spieß + 700, Chodorów + 4100, Czersk + 750 (III. Em.), Michałów + 1075, Częstocice — 4000, Tow. Fabr. Cukru + 4475, Kop. Węgla + 5850, Cegielski + 600, Fitzner u. Gamper + 6350, Modrzejów + 7600, Pocisk + 315, Parowóz 260, Starachowice + 2625, Ursus — 700, Żyrardów + 277 500, Zawiercie + 350 000, Zieleniewski + 12 000, Borkowski 450.

≑ Die P. K. K. P. zahlte am 26. 11. 23 für Goldmünzen (in Klammern Silbermünzen): Rubel 1 475 600 (981 000), Mark 683 300 (272 500), Krone 581 100 (227 500), lat. Münzeinheit 553 400 (227 500), österr. Dukaten 6 562 000 (fl. 605 600), belg. und holländ. Dukaten 6 547 000 (515 000), türk. Pfund 12 583 000, Schwedenkrone 768 700 (327 000), 1 Gramm Feingold 1 906 560 (54 510), Dollar 2 869 000 (1 311 500), Pfund Sterling 13 960 000 (sh. 285 000), holländ. Gulden 1 153 000 (515 000).

≑ **Die polnische Mark am 26. 11. 23.** Danzig: 1.995—2.005 (Parität: 500 000), Ausz. Warschau 1.795—1.805 (Parität: 555 500), **Wien:** Ausz. Warschau 200—240 (Parität: 45.50), **Budapest:** 0.40—0.60 (Parität: 20.00), **London:** Ausz. Warschau 0.0000087 (Parität: 11 500 000), **Neuyork:** Ausz. Warschau 0.00004 (Parität: 2 500 000), **Prag:** 11.25—12.75 (Parität: 83 350), Ausz. Warschau 12.25—13.75 (Parität: 77 000), **Zürich:** 0.0005 G., 0.0003 B. (Parität: 500 000 G., 333 333 B.).

≑ **Berliner Börse vom 26. November.** (Amtlich. Kurse in Millionen Mk. Wien und Ofenpest in 1000 Mk.) Amsterdam 1 596 000, Kopenhagen 738 150, Helsingfors 107 730, London 18 354 000, Neuyork 4 189 500, Paris 227 430, Schweiz 730 170, Spanien 546 630, Lissabon 155 510, Japan 1 985 000, Wien 58 882, Prag 121 695, Ofenpest 219 455, Italien 181 545.

≑ **Ostdevisen in Berlin v. 26. 11.** Auszahlung Warschau —. Bukarest 20 895 G., 21 105 B., rep. 2 Proz., Riga 16 872 G., 17 128 B., rep. 5 Proz., Reval 11 910 G., 12 090 B., rep. 5 Proz., Kowno 415 800 G., 424 200 B., rep. 3 Proz., Kattowitz 1333 G., 1367 B., rep. ½ Proz. Polennoten —. Lettische Rubel 16 087 G., 16 913 B., Estnische Mark 11 310 G., 11 890 B., Litauen 404 985 G., 407 015 B.

≑ **Wiener Börse v. 26. 11. 23.** (Polnische Werte in 1000 Kr.) Mraznica 174—180, Tepege 79—84, Montany 185, Zieleniewski 290, Apollo 835, Karpathy 474, Nafta 450, Galicia 25 500, Schodnica 1510, Lumen 67, Bank Hipoteczny 18, Kolej Półn. 20 000, Nafta 2490, Lwow—Czern. 376, Bank Małopolski 20, Nafszawa 118.

≑ **Züricher Börse v. 26. 11. 23.** (Amtlich.) Neuyork 5.725, London 25.01, Paris 31.15, Wien 0.008075, Prag 16.725, Mailand 24.825, Brüssel 26.85, Budapest 0.03025, Sofia 4.45, Amsterdam 218.25, Christiania 83.75, Kopenhagen 101, Stockholm 150.75, Madrid 74.40, Bukarest 2.80, Berlin 75, Belgrad 6.50, Athen 9.20, Konstantinopel 3.17.

≑ Die Goldmark in Polen, errechnet aus dem Warschauer Dollarkurs der Vorbörse vom 28. 11. 23 (1 Dollar = 4.20 Goldmark) 965 000 Mkp.

Warschauer Vorbörse vom 28. November.

Deutsche Mark —.—. Dollar 3 600 000—3 800 000. Engl. Pfund 15 770 000. Schweizer Franken 630 000. Französischer Franken 195 500.

Warschauer Börse vom 27. November.

Devisen:

Belgien	176 000—172 500	Paris	205 000
Berlin und Danzig	——	Prag	107 850—106 000
London	16 450 000—16 100 000	Schweiz	658 000—648 500
Neuyork	3 750 000—3 600 000	Wien	53,75—52,00
Holland	—,—	Italien	163 500
Goldfrank	717 300	Złotybons	550 000-565 000-549 500

Danziger Mittagskurse vom 28. November.

1 Million poln. Mark .... 2,— Gulden
1 Dollar .... 5,80 „

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 28. November 1923.

(Ohne Gewähr.)

Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	8 500 000—9 500 000	Weizenkleie	4 000 000
Roggen	5 800 000—6 100 000	Roggenkleie	3 700 000
Weizenmehl	15 500 000—16 500 000	Fabrikkartoffeln	1 200 000
Roggenmehl	9 000 000—9 500 000	Roggenstroh, lose	300 000—380 000
Gerste	5 500 000	„ gepr.	600 000—760 000
Braugerste	5 600 000—6 100 000	Heu, lose	400 000—500 000
Hafer	5 800 000—6 100 000	„ gepr.	800 000—1 000 000

Kleine Zufuhren. — Tendenz: steigend.

Posener Viehmarkt vom 28. November 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. **Rinder:** I. Sorte 22 000 000 M., II. Sorte 19 000 000 M., III. Sorte 15 000 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 26 000 000 M., II. Sorte 22 000 000 M., III. Sorte 18 000 000—20 000 000 M.

II. **Schafe** I. Sorte 20 000 000 M., II. Sorte 16 000 000 M.

III. **Schweine:** I. Sorte 36 000 000 M., II. Sorte 33 000 000 M., III. Sorte 26 000 000—29 000 000 M.

Der Auftrieb betrug: 24 Ochsen, 149 Bullen 196 Kühe 261 Kälber, 1528 Schweine, 81 Schafe 16 Ziegen. — Tendenz: lebhaft.

Geschäftliche Mitteilungen.

= **Die Handelsschule in Posen,** ul. 27. Grudnia 4 (Gartenvilla), beginnt in allen Abteilungen mit neuen Kursen unter gleichzeitiger Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Fächer und des polnischen Sprachunterrichts. Anmeldungen können auch in dem Privatbureau des Direktors, Św. Wojciech 29 (fr. St. Adalbertstraße) täglich von 2 bis 3 Uhr erfolgen.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.